

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

Christine Maring, Senatorin und Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, stellt eine Bundesrats-Initiative für zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten vor.

Seite 1

Volker Hauff MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzender des Arbeitskreises Umweltschutz, zum Internationalen Umwelttag: Stillstand bedeutet Rückschritt.

Seite 3

Egon Lutz MdB kommentiert die jüngsten Arbeitslosenzahlen: Das beschäftigungspolitische Nichtstun muß ein Ende haben.

Seite 4

Hans Kolo MdL, Umweltpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion, zu einer Bestandsaufnahme: Das Bild vom "schönen" Bayern ist angekratzt.

Seite 6

Dr. Dietrich Sperling MdB weist darauf hin, daß das Hochwasser von den Menschen mitverursacht wird und kein bloßes "Naturereignis" ist.

Seite 9

36. Jahrgang / 104

3. Juni 1983

### Teilzeitarbeit und Beurlaubung

Hamburg und Hessen werben im Bundesrat für zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst

Von Christine Maring

Senatorin und Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund

Angesichts der wachsenden Zahl von Arbeitslosen ist nicht nur die Wirtschaft, sondern gerade auch der öffentliche Dienst aufgefordert, alle Chancen zur Schaffung von mehr Beschäftigung auszuschöpfen. Ein Beitrag dazu kann die Ausweitung der Teilzeitarbeit und der Beurlaubung ohne Dienstbezüge für alle Beamten sein. Hamburg und Hessen wollen diesen Weg über eine Bundesratsinitiative begehbar machen.

Während bei Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes Teilzeitarbeit und Beurlaubung grundsätzlich ohne weiteres vereinbart werden können, ist dies auf Grund des bestehenden Dienstrechts für die Beamten nur eingeschränkt möglich. So können nach der geltenden Rechtslage Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung für Beamte nur aus familiären Gründen (das heißt Betreuung von Kindern) gewährt werden. Darüber hinaus besteht für Lehrer seit 1980 die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung auch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen, eine Regelung, die der hohen Lehrerarbeitslosigkeit entgegenwirken soll und deshalb bislang auch auf diese Gruppe beschränkt ist.

Ziel des jetzt von Hamburg und Hessen gemeinsam in den Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurfes ist es, diese Beschränkung der arbeitsmarktpolitisch motivierten Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung auf den Lehrerbereich aufzuheben und auf alle Bereiche, in denen ein besonderes öffentliches Interesse an einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst besteht, auszuweiten. Dies gilt beispielsweise für Juristen, die auch in zunehmendem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen sind; Richter sollen deshalb ausdrücklich in die vorgeschlagenen Regelungen einbezogen werden.



Durch diese Zielsetzung unterscheidet sich der Entwurf Hamburgs und Hessens grundsätzlich von dem kürzlich dem Bundesrat zugeleiteten Entwurf der Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Diese Länder wollen zwar auch eine zeitliche Ausweitung der arbeitsmarktpolitischen Teilzeitbeschäftigung; sie soll jedoch - wie bisher - grundsätzlich auf den Lehrerbereich beschränkt bleiben.

Diese Vorschläge sind entschieden zu restriktiv, wenn es darum geht, wirklich den Versuch einer Arbeitsmarktentlastung zu unternehmen. Es gibt keinen Grund, Teilzeitarbeit nicht überall dort zu ermöglichen und anzubieten, wo sie nachgefragt wird - und das ist nach aller Erfahrung bei weitem nicht nur der Schuldienst.

Die öffentlichen Arbeitgeber mußten hier in allen Bereichen eine beispielgebende Rolle gegenüber der Wirtschaft spielen. Dabei wird die erhoffte arbeitsmarktpolitische Wirkung in hohem Maße davon abhängen, daß Teilzeitarbeit gerade auch für Beamte des höheren und gehobenen Dienstes angeboten wird. Denn: Eine reduzierte Arbeitszeit wird nur von denjenigen angenommen werden, denen die damit verbundene Minderung des Familieneinkommens einen noch ausreichenden Lebensunterhalt bietet.

Dies schließt auch aus, daß Zielgruppe einer solchen Initiative in erster Linie die Frauen sind, denn sie sind in der Besetzung gehobener Positionen weit unterrepräsentiert.

Beiträge zur Entlastung des Arbeitsmarktes versprechen sich Hamburg und Hessen auch von der erstmalig eingeführten Möglichkeit der Beurlaubung ohne Dienstbezüge aus arbeitsmarktpolitischen Gründen bis zu sechs Jahren.

Eine solche Beurlaubung soll zudem Beamten, die das 55. Lebensjahr vollendet haben, bis zu ihrem Eintritt in den Ruhestand eröffnet werden.

Vorgesehen ist außerdem die Verlängerung der Beurlaubung aus familiären Gründen für Beamte, die mindestens zwei Kinder betreuen von sechs auf neun Jahre.

Es ist also insgesamt ein ganzes Bündel von Einzelmaßnahmen, das von Hamburg und Hessen gemeinsam initiiert wird. Dieses Vorgehen ist sachgerecht und notwendig. Die Wirkung jeder einzelnen Maßnahme hängt von ihrer freiwilligen Inanspruchnahme ab. Es ist vorstellbar, daß von jeder dieser Maßnahmen jeweils nur ein kleiner Beitrag zur Arbeitsmarktentlastung erwartet werden kann. Gerade deshalb ist es zwingend, jede nur denkbare Chance für mehr Beschäftigung zu eröffnen. Dienstrechtliche Hemmnisse, die diesem Ziel im Wege stehen, müssen beseitigt werden.

Die Bundesratsinitiative Hamburgs und Hessens ist daher auf jeden Fall ein Schritt in die richtige Richtung, denn sie trägt der arbeitsmarktpolitischen Lage sehr viel stärker Rechnung als der wiederum nur auf Lehrer begrenzte Vorschlag der beiden anderen Länder.

(-/3.6.1983/ks/rs)

+ + +



**Stillstand ist Rückschritt**  
-----

**Vorsorge für Umwelt muß Maßstab der Politik sein**

Von Volker Hauff MdB

**Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und  
Vorsitzender des Arbeitskreises "Umweltschutz"**

Am 5. Juni ist internationaler Umwelttag. Auf der UN-Umweltkonferenz 1972 wurde dieser Tag dazu bestimmt, weltweit die Sorge der Menschen um den Schutz und die Verbesserung der Umwelt zu bekräftigen und das Umweltbewußtsein der Menschen zu vertiefen.

Die sozial-liberale Koalition hat in dieser Zeit eine Umweltgesetzgebung geschaffen, die heute in Europa als vorbildlich gilt. Sozialdemokraten brauchen deshalb ihre Leistungen in der Umweltpolitik nicht zu verstecken: Mit dem Benzinblei-Gesetz und dem Bundesimmissionsschutzgesetz haben wir die Bleibelastung der Luft in den Zentren der Großstädte vermindert; mit dem Abwasser-Abgabengesetz und der Novelle zum Wasserhaushaltsgesetz konnten sich viele Flüsse wieder etwas erholen; mit dem Chemikaliengesetz haben wir einen ersten Schritt zur Kontrolle der Herstellung und Verwendung umweltgefährdender chemischer Stoffe getan.

Aber wir sind auch nicht selbstzufrieden. Wir stehen heute vor dramatischen Umweltentwicklungen. Das galoppierende Fortschreiten des Waldsterbens hat unsere Umweltgesetzgebung inzwischen eingeholt und erfordert unverzüglich neue Maßnahmen. Die monatelange Ungewißheit um den Verbleib des Seveso-Giftes hat uns die Lücken in der internationalen Kontrolle von giftigen Sonderabfällen und die Notwendigkeit neuer Instrumente drastisch vor Augen geführt.

Mehr noch als in anderen Bereichen gilt für die Umweltpolitik: Stillstand ist Rückschritt. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat deshalb ein "Notprogramm gegen das Waldsterben" vorgelegt und darin ein Bündel von unverzüglichen Maßnahmen gefordert.

Die Vorsorge für unsere Umwelt muß Maßstab der Politik sein. Das heißt auch: Weg von Vorstellungen, die sich umweltpolitisch als Bremsklotz erwiesen haben. Nur wenige Beispiele:

- Es darf für die Umweltpolitik keine "heiligen Kühe" geben. Die Landwirtschaftsklausel, die die Landwirtschaft aus der Naturschutzklausel ausnimmt, gehört auf den Prüfstand. Ebenso das Energiewirtschaftsgesetz von 1935, bei dem Zweifel berechtigt sind, ob es den Anforderungen des Umweltschutzes, wie zum Beispiel Vermeidung von Energieverschwendung oder bessere Abwärmenutzung, noch gerecht wird.
- Es muß auch Schluß sein mit der Behauptung, Umweltschutz gefährde Arbeitsplätze und wir könnten uns "zu weitgehenden" Umweltschutz nicht leisten. Nichts ist so teuer wie unterlassene Vorsorge für den Umweltschutz; allein die durch Luftverschmutzung entstandenen Schäden werden auf 1,5 Milliarden DM jährlich geschätzt. Der hessische Umweltminister Schneider hat vor kurzem ein Programm "Arbeit und Umwelt" vorgelegt, mit dem im Bereich des Umweltschutzes unter Berücksichtigung aller Multiplikatoreneffekte rund 760 Tausend Arbeitsplätze geschaffen werden können.
- Die CDU/CSU-geführten Regierungen dürfen auch in der Umweltpolitik nicht länger auf Europa warten. Sie müssen den Mut haben, sich an die Spitze zu setzen. Dem hessischen Vorschlag zur Einführung des bleifreien Benzins muß deshalb zugestimmt werden.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, ihr umweltpolitisches Reden und Handeln in Übereinstimmung zu bringen. In der Debatte zum Waldsterben zeigte sich zwischen allen Parteien ein hohes Maß an Übereinstimmung bei der Benennung der Ursachen und der Einschätzung des Problems. Die Bundesregierung muß nun Taten folgen lassen.

Die Bundesregierung ist auch unglaubwürdig, wenn sie zwar in der Regierungserklärung mehr marktwirtschaftliche Umweltinstrumente fordert und sich dann gegen das hessische Schwefelabgabengesetz ausspricht.

Wir können uns dieses Auseinanderklaffen von Reden und Handeln nicht mehr leisten. Gefordert ist Mut, den Umweltbelangen Vorrang einzuräumen. (-/3.6.1983/ks/rs)

Das beschäftigungspolitische Nichtstun muß ein Ende haben

Die Arbeitsmarktzahlen des Monats Mai 1983 und der Blick hinter das "Aufschwung"-Gerede

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion

Die Arbeitslosenzahlen des Monats Mai 1983 sind geringfügig zurückgegangen. Doch diese Aussage gilt, wie nicht anders zu erwarten, nur im Vergleich mit dem Vormonat April 1983.

Die amtliche Statistik weist hier einen Rückgang von 105.100 auf 2.148.700 gemeldete Arbeitslose aus. Die Arbeitslosenquote liegt mit 8,8 Prozent aber immer noch weit über der des Mai 1982 mit damals 6,9 Prozent. Und nur dieser längerfristige Vergleich über zwölf Monate ergibt einen Sinn.

Der vielbeschworene Aufschwung hat nach wie vor nur "Saison", das heißt die geringfügige Besserung im Mai ist nicht Folge eines konjunkturellen Aufschwungs, es handelt sich vielmehr um die alljährlich zu beobachtende Frühjahresverbesserung.

Die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit spricht in diesem Zusammenhang denn auch zu Recht von den "jahreszeitlich bedingten Auftriebskräften", die die Arbeitslosigkeit zurückgehen ließen, und der "nach wie vor schwierigen konjunkturellen Lage auf dem Arbeitsmarkt".

Und wie man die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit auch dreht und wendet, zu Frohsinn besteht keinerlei Ablass, im Gegenteil: Dem oben genannten Rückgang der Arbeitslosenzahl um fünf Prozent gegenüber dem Vormonat steht im selben Zeitraum des Jahres 1982 ein Rückgang von 5,5 Prozent gegenüber.

Insgesamt stehen im Vergleich zum Vorjahr 502.900 oder 30,6 Prozent mehr Menschen ohne Arbeit auf der Straße.

Vor allem die Bonner "Aufschwung"-Propagandisten werden es angesichts dieser Zahlen schwer haben, ihren Kurs des beschäftigungspolitischen Nichtstuns den Bürgern und Betroffenen verständlich zu machen.

Die Männer stellen mit 55,8 Prozent der Arbeitslosen und 1.199.800 Stellungsuchenden nach wie vor die Mehrheit. Damit sind acht Prozent aller männlichen Erwerbstätigen als Erwerbslose registriert - vor zwölf Monaten waren es noch mit 302.100 weniger 6,1 Prozent.

Die Frauenarbeitslosigkeit bewegt sich mit 949.900 oder zehn Prozent ebenfalls noch in Rekordhöhe - im Mai 1982 lauteten die Zahlen 748.100 oder 8,1 Prozent.



Die Jugendarbeitslosigkeit ging zwar wie immer im Mai überdurchschnittlich zurück, doch was heißt das, wenn mit 159.000 Jugendlichen unter 20 Jahren jeder zehnte und damit im Vergleich zum Vorjahr 26 Prozent mehr Jugendliche betroffen sind.

Die Arbeitslosigkeit der über 59jährigen zeigt ebenfalls, wie es wirklich auf dem Arbeitsmarkt aussieht, denn auch sie erlaubt den Blick hinter das "Aufschwung"-Gerede abseits saisonaler Schwankungen: Nachdem in den ersten vier Monaten des Jahres 1983 die Arbeitslosenzahl des Vorjahres unterschritten wurde, liegt sie nun wieder um ein Prozent darüber.

Ende Mai waren 85.800 offene Stellen gemeldet, das waren zwar 3.400 oder vier Prozent mehr als im Vormonat, doch 29 Prozent oder 34.400 weniger als vor zwölf Monaten. Mit anderen Worten: Das Angebot an verfügbaren Arbeitsplätzen ist insgesamt gesunken.

Auch die Zahl der Arbeitslosmeldungen verzeichnete zwar einen saisonalen Rückgang von 25 Prozent auf 201.200, doch sie bewegt sich um zehn Prozent über dem Durchschnitt der Maizugänge seit 1973.

Angesichts dieser Entwicklungen muß das beschäftigungspolitische Nichtstun der Bundesregierung endlich ein Ende finden!

Aus saisonalen Abflachungen der Arbeitslosenzahlen ist keine Hoffnung auf eine langfristige Verringerung der Arbeitslosigkeit zu schöpfen. Was not tut, ist ein staatliches Beschäftigungsprogramm, ist eine Arbeitszeitverkürzung bei der Lebens- und Wochenarbeitszeit, ist das Auflegen neuer ABM-Programme, ist eine gesetzliche Vorruhestandsregelung und all das, was SPD-Bundestagsfraktion und Gewerkschaften in den letzten Wochen und Monaten immer wieder in die Diskussion eingebracht haben.

Es bleibt zu hoffen, daß sie damit endlich Gehör finden werden, bevor in den kommenden Monaten die Arbeitslosenzahlen wieder steil in die Höhe klettern werden.

Eines jedenfalls ist gewiß: Ohne eine aktive Beschäftigungspolitik, eine vernünftige Arbeitsmarktpolitik und eine damit korrespondierende Arbeitszeitverkürzungspolitik der Tarifvertragsparteien ist der Massenarbeitslosigkeit nicht Herr zu werden.

Die "Selbsteilungskräfte" des Marktes läßt die Nürnberger Statistik nicht nur in diesem Monat kalt.

(-/3.6.1983/ks/rs)

+ + +



### Das Bild vom "schönen" Bayern ist angekratzt

Die bayerische SPD-Landtagsfraktion wartet gespannt auf Daten der Staatsregierung

Von Hans Kolo MdL

Umweltpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Kein Zweifel - das Bild vom "schönen" Bayern ist angekratzt. Nach den Angaben des "Umwelt-Atlas" von "CEO" bleibt zweierlei festzuhalten: Erstens - Bayern ist auf Grund seiner Struktur im Bereich Umweltschutz immer noch mit am besten dran. Zweitens - die Verantwortlichen im Freistaat setzen alles daran, damit Bayern diesen Vorsprung verliert. Umweltprobleme werden einfach ignoriert; Untersuchungen, die notwendig wären, nicht durchgeführt; und immer wenn es zum Konflikt zwischen Industrie-Interessen und der Natur kommt, entscheidet sich die Bayerische Staatsregierung zunächst einmal für die Industrie, für die Kraftwerksbetreiber und so weiter.

Nachdem Staatsregierung und CSU meine bisherigen Folgerungen negativ beurteilt haben - wobei die Vorwürfe zwischen "fehlender Datengrundlage" und "Rundumschlag" lagen - darf man gespannt sein, welche Daten die Bayerische Staatsregierung an Stelle der so negativ bewerteten angibt. Dabei dürfte sie erhebliche Schwierigkeiten haben: Entweder gibt es keine entsprechenden Untersuchungen, oder die Daten werden nicht bekanntgegeben, oder die Staatsregierung ist bemüht, Vollzugsdefizite im Umweltschutz zu verschleiern und zu verharmlosen. Das bayerische Umweltministerium ist aufgefordert, die Situation des Umweltschutzes im Freistaat in allen Bereichen umfassend darzustellen.

Solange diese Daten und Zahlen nicht in einer Weise vorgelegt sind, die jegliche Schönfärberei und Verschleierung ausschließen, muß der Staatsregierung der Umwelt-Atlas als Spiegel vorgehalten werden. Daß dies seine Berechtigung hat, belegen auch die Aussagen, die Egmont R. Koch und Fritz Vahrenholt zu den Themenkreisen Boden, Wald, Abfall, Naturschutz und Nahrung treffen.

#### Boden: Erst interessant, wenn was passiert

Flächendeckende Bodenuntersuchungen gibt es in Bayern nicht. Der Boden wird erst dann für die verantwortlichen Stellen interessant, wenn massiver Verdacht auf unzulässige Gehalte von Schadstoffen - etwa Schwermetalle - besteht. So zum Beispiel im Norden von München, wo der Klärschlamm aus dem Klärwerk Großlappen ausgebracht wurde: Dort fanden sich im Kilogramm Schlamm bis zu 60 Milligramm Cadmium, bis zu 1,2 Gramm Blei und bis zu drei Gramm Zink. Hauptverursacher war die Münchner Firma Bärlocher, die bis 1979 ihre Abwässer nicht von den hochgiftigen Schwermetallen reinigte.

Bezeichnend ist das Verfahren, das die Münchner Stadtväter mit ihrer CSU-Mehrheit anwandten. Die Ernte von diesen Schwermetall-verseuchten Feldern wurde aufgekauft, Kartoffeln und Mais wanderten in die stadteigene Brennerei, Gerste wurde als Saat- und Futtergetreide verwendet. Die Feldfrüchte, obwohl mit einem nicht mehr tolerierbaren Schwermetall-Gehalt versehen, wurden auf diese Weise ohne Skrupel wieder in den Nahrungsmittel-Kreislauf eingeschleust.

Wie wenig Augenmerk in Bayern den Schwermetallen geschenkt wird, belegt eine andere Tatsache: Die Münchner Behörden ermittelten, daß immerhin 250 von 550 Gewerbebetrieben - metallverarbeitende und chemische Industrie, Galvanik-Betriebe, Druckereien und Fotogroßlabore - Schwermetalle in das städtische Kanalnetz einleiteten.

Zu denken geben muß aber auch, daß der Schwermetall-Gehalt im Klärschlamm bayerischer Kläranlagen die zulässigen Grenzwerte oft genug überschreitet: Bei Nickel und bei Zink in jeweils 17 Prozent der Anlagen, bei Chrom und Blei in 13 Prozent, bei Kupfer sechs und bei Cadmium in fünf Prozent der bayerischen Kläranlagen.



Ebenso wenig Beachtung wie den Schwermetallen schenken die bayerischen Umweltverantwortlichen den Rückständen von Schädlingsbekämpfungsmitteln und Unkrautvernichtungsmitteln. Daß Untersuchungen auch in diesem Bereich notwendig wären, zeigen die zum Teil sehr hohen Werte von "Lindan" (HCH), die in Bayern vor allem auf Flächen mit intensiver landwirtschaftlicher Nutzung gemessen wurden - bei Erding etwa und in den Landkreisen Straubing, Regensburg und Würzburg.

Bodenuntersuchungen sind in Bayern nur punktuell durchgeführt worden. Das ist ein schweres Versäumnis. Hier besteht seitens der Umweltbehörden ein erheblicher Nachholbedarf.

#### Waldsterben: Zur Propaganda für die Kernenergie mißbraucht

Man muß der Staatsregierung zugestehen: Mittlerweile hat selbst sie - zumindest verbal - die Bedrohung der bayerischen Wälder erkannt. Kein Wort mehr von "dummem Geschwätz" und von einer "Aufgeregtheit in der Öffentlichkeit", wie sie die drohende Gefahr noch 1981 zu nennen beliebte. Und das Landwirtschaftsministerium wird gar nicht gern daran erinnert, daß es noch Anfang 1982 verlautbarte: "Gegenmaßnahmen sind derzeit nicht möglich."

Die letzten bekanntgewordenen Zahlen besagen, daß bereits sieben Prozent der bayerischen Wälder geschädigt sind. Eine Zahl, die heute sicherlich nach oben korrigiert werden muß, nachdem nun Alarmlmeldungen aus dem Allgäu eingetroffen sind. Auch die dortigen Wälder auf Kalkböden, die bisher als relativ "sicher" galten, sind bereits in erheblichem Maße bedroht.

Die Wälder in den bayerischen Mittelgebirgslagen sind schon in katastrophalem Maße geschädigt: der Oberpfälzer Wald meldet 32,2 Prozent, der Innere Bayerische Wald bereits 35 Prozent Schäden. An der Spitze rangieren das Fichtelgebirge und der Frankwald mit jeweils 41,7 Prozent Schäden - nach den letzten verfügbaren Zahlen, die aber sicher zu niedrig gegriffen sind.

Die Yanne existiert in Bayerns Wäldern bald nicht mehr; der Bund Naturschutz rechnet damit, daß in den nächsten zehn Jahren ein Viertel der bayerischen Wälder vernichtet sind. Doch diese Signale erkennt die Bayerische Staatsregierung auch heute noch nicht. Noch immer ist sie nicht bereit, die Kraftwerksbetreiber im Freistaat so rasch wie möglich zur besten Reinigung ihrer Abluft anzuhalten. Sie gewährt Übergangsfristen zur Rauchgasentschwefelung, die über den endgültigen Waldtod hinausreichen.

Besonders makaber ist, daß die CSU-Regierung als Grund für ihr relatives Nichtstun vorschützt, die Forschung sei noch nicht weit genug gediehen. Auf der anderen Seite leiden die entsprechenden Forschungseinrichtungen, vor allem die forstwirtschaftliche Fakultät an der Universität München, unter katastrophalen räumlichen, personellen und finanziellen Engpässen. Die Hilferufe von Professor Schütt sprechen für sich.

Sicherlich bedrohen Monokulturen, Temperaturstürze, Schädlinge ebenfalls unsere Wälder. Die Verantwortlichen im Freistaat waren allerdings bisher nicht bereit zuzugeben, daß dies zumeist Sekundärschäden in einem durch Schwefel und Stickoxide geschwächten Wald sind.

Schlimm ist, daß die Staatsregierung hemmungslos das Waldsterben mißbraucht, um einen totalen Kernenergiekurs zu fahren. Sie will über den Baumtod "ein eindeutiges Ja zur friedlichen Nutzung der Kernenergie" erzwingen, obwohl auch heute noch niemand sicher sein kann, daß hier nicht der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben wird.

#### Abfall: Was liegt in den 5.000 wilden Mülldeponien?

Was liegt in den 5.000 wilden Mülldeponien des Freistaates, die mittlerweile geschlossen sind? Diese Frage bedarf dringend der Antwort. Umso mehr als noch in den ersten Jahren nach 1970 90 Prozent des Sondermülls nicht dort landeten, wo sie sollten. Ein Zahlenvergleich macht dies deutlich. 1970 wurden 28.000 Tonnen Sondermüll angeliefert,



1980 300.000 Tonnen. Nachdem der Sondermüll-Abfall sich aber kaum verändert haben dürfte, bleibt die Frage: Wo ist dieser Abfall? Die 5.000 Deponien sind nicht mit der Zuschüttung beziehungsweise Auflösung aus der Welt geschafft, sie könnten sich als unkalkulierbare Zeitbomben erweisen.

In Bayern werden bereits 32 Prozent des Hausmülls verbrannt. Wobei freilich nicht klar ist, ob dies positiv gesehen werden darf. Die Wissenschaftler sind sich durchaus nicht einig, ob diese Art der Abfallbeseitigung umweltfreundlicher ist als die Deponierung. Bezeichnend ist freilich, daß im Freistaat lediglich zwei Prozent des Hausmülls auf die zweifelloos umweltschonendste Art, durch Kompostierung, beseitigt werden.

#### Naturschutz: Der erste Eindruck trügt

Bayern hat 1,3 Prozent seiner Fläche als Naturschutzgebiet ausgewiesen - eine im Bundesvergleich beachtliche Prozentzahl. Die Konzentration auf den Alpenraum und den Bayerischen Wald macht den ersten guten Eindruck aber wieder zunichte: In Franken stehen nur 0,3 Prozent, in Mittelfranken gar nur 0,1 Prozent der Fläche unter Naturschutz.

Kritisch gesehen werden müssen hier auch die beiden bayerischen Nationalparks "Bayerischer Wald" und "Berchtesgadener Land". Bayern hat Grund, auf diese Parks stolz zu sein. Auf der anderen Seite muß es aber zu denken geben, daß beispielsweise der Nationalpark im Bayerischen Wald nicht einmal zu zehn Prozent unter Naturschutz steht, daß die Holzindustrie im wesentlichen nach Gutdünken schalten und walten kann, daß die Verkehrerschließung hemmungslos vorangetrieben wurde, daß jährlich zwei Millionen Besucher diese Naturreservate belasten.

Bayern war richtungweisend, als es seine Biotope kartierte. Zweifel an der Effektivität dieser Kartierung sind jedoch nach einer Untersuchung des Bundes Naturschutz angebracht, der feststellte, daß von 850 überprüften Biotopen 53 Prozent "beeinträchtigt" oder gar "total zerstört" sind.

Oder wie verträgt es sich mit dem Anspruch der Bayerischen Staatsregierung, im Umweltschutz die Nummer eins zu sein, wenn in Bayern bei Flußregulierungen 80 Prozent der Auwälder vernichtet wurden, wenn es zwölf Jahre dauerte, bis das Mohrhofgebiet im Landkreis Erlangen-Höchstadt endlich unter Naturschutz gestellt wurde - einen Monat vor der Landtagswahl 1982? Wenn in Bayern zwölf Vogel-, drei Fisch- und sechs Säugetierarten ausgestorben sind? Wenn im Freistaat Bayern 148 höhere Pflanzen gefährdet sind? Wenn die Landwirtschaft mit Überdüngung in die bisher "sicheren" Alm- und Alpreregionen vormarschiert? Wenn im Binnenland Bayern typische Salzpflanzen heimisch werden, weil so viel Salz gestreut wird?

#### In der Nahrung: Unzulässige Zusatzstoffe und Biozidrückstände

Die Nahrung, die auf Bayerns gesunden Böden angebaut wird, muß auch gesund sein. Sollte man meinen. Wenn nur die Böden so gesund wären. Lebensmitteluntersuchungen 1981 ergaben, daß in zehn von 19 untersuchten Lebensmitteln unzulässige Zusatzstoffe enthalten waren, in zwölf von 19 Nahrungsmitteln unzulässige Biozidrückstände. Zusatzstoffe wurden vor allem bei Schweinefleisch, bei Wein und bei Bier festgestellt, Biozidrückstände besonders bei Pilzen, insbesondere Champignons, aber auch bei Schweinefleisch und Frischgemüse.

Ein brisantes Thema war lange Zeit der Gehalt an krebserzeugenden Nitrosaminen im bayerischen Bier. Durch eine Änderung der Malztrocknung ist diese Gefahr heute scheinbar gemindert. Doch es bleibt die Frage: Ist hier ein Zusammenhang mit der Tatsache festzustellen, daß in Bayern die Magenkrebshäufigkeit am höchsten ist?

Der Umwelt-Atlas hat viele Fragen aufgeworfen. Wir warten auf die Antworten, die von der Bayerischen Staatsregierung kommen. Meiner Meinung nach wurde vieles noch nicht untersucht, was der Erforschung dringend bedürfte. Andere Ergebnisse wurden (noch) nicht veröffentlicht. Für eine ganze Reihe von Indikatoren für die Lebens- und Umweltqualität in Bayern fehlen flächendeckende Angaben: etwa für die Schwefeldioxid-Belastung, für die Lärmbelastung, für Schwermetalle und schwer abbaubare Chemikalien im Boden, für den Landschaftsverbrauch und für die Häufigkeit von Krebserkrankungen in Bayern. Umweltschutz muß im Freistaat endlich ernst genommen werden und nicht länger Nebensache bleiben. Wer eine relativ gute Umweltbilanz vorgegeben erhalten hat, muß alles daran setzen, daß dies auch so bleibt. Mit Raubbau kann auch die schönste Natur, die lebenswerte Umwelt zerstört werden.

(-/3.6.1983/vo-he/ca)



**Überschennungen**  
-----

**Das Hochwasser wird von den Menschen mitverursacht**

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Die extremen Hochwasser, die in diesem Jahr mehrfach am Rhein und seinen Nebenflüssen mit verheerenden Schäden aufgetreten sind, lassen sich nicht alleine durch widrige Wetterbedingungen erklären.

Die "natürlichen Ereignisse" werden verstärkt von "künstlichen Entwicklungen", die seit langem stattfinden und deren Bedeutung als Eingriff in ökologische Zusammenhänge bisher viel zu wenig beachtet worden ist:

Intensiver Flächenverbrauch bis hin zum Asphaltieren einfacher Feldwege hat zu einer "Versiegelung" der Erdoberfläche geführt, die zur Folge hat, daß weniger Wasser versickert und mehr Wasser schneller als früher abfließt und damit auch zu einer schnelleren und stärkeren Belastung der großen Fluter und Vorfluter der Flüsse wird.

Diese Entwicklung ist verstärkt worden durch die Regulierung, Begradigung und Einfassung natürlicher Wasserläufe, vom kleinsten Rinnsal bis zur schiffbaren Bundeswasserstraße.

Wasserläufe mit natürlichen Ufern sind heute bei uns schon eine Seltenheit. Dies ist nicht nur ein Problem für Pflanzen- und Tierwelt.

Viele solcher Regulierungsmaßnahmen vermögen die Hochwassergefahr an einzelnen Orten zu dämpfen, sie verlagern sie aber insgesamt nur nach unten und "flußabwärts".

Daß diese Entwicklungen "in der Tendenz zu einer Verschärfung der Hochwasserabflüsse" (Bundesinnenministerium) führen, vermag auch die Bundesregierung nicht zu bestreiten.

Sie verweist zur Bekämpfung dieser gestiegenen Hochwassergefährdungen auf wasserwirtschaftliche Rahmenpläne, die unter anderem mögliche zusätzliche Rückhalteräume an Gewässern ausweisen sollen.

Diese Sicht greift zu kurz, da sie die Ursachen der zunehmenden Hochwasser aus ihrer Betrachtung ausklammert.

Unser Umgang mit Landschaft und Gewässer muß grundsätzlicher Überdacht werden. Der Schutz der Menschen unter "Naturereignissen", die er selber mit verursacht, ist dabei ein wichtiger Aspekt.

Der Erfolg läßt sich dann allerdings nicht wie gewohnt in Kubikmetern Beton und Kilometern Asphalt messen, sondern "nur" in vermiedenen Gefährdungen und in erhaltener Natur.

Den Erfolg von Scheinlösungen nach dem St. Florians-Prinzip haben wir in diesem Jahr leider schon mehrfach beobachten müssen. (-/3.6.1983/ks/rs)

+ + +

